

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die lebensepaltene Zeitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., einwärtige Anzeigen 90 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer werden bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben.

Nr. 34.

Dienstag, den 10. Februar 1920.

27. Jahrg.

Brot und Spiele.

Man muß die Unterrichtsbücher bis in die Zeiten der römischen Cäsaren zurückblättern, um ein Beispiel für die Auslieferung von 900 Deutschen zu finden. Das also ist der Kreuzzug, dessen Heere die Völker Mitteleuropas von der Knechtschaft und dem preussischen Militarismus befreien sollte. Brot und Spiele war der Wahlspruch jener Herrscher, mit dem sie die Völker von Rom im Zaum hielten. In Brot und Spielen erschöpft sich auch heute noch die Regierungskunst der Staatsmänner von Frankreich und England.

Während lange Jahre hat Europa unter der Last des schrecklichsten aller Kriege gestöhnt und gebuldet. Millionen und aber Millionen schleppt sich verstümmelt durch die Städte und Dörfer. Millionen sind in der Heimat an Hunger, Seuche und seelischen Qualen gestorben und verdorben. Blühende Provinzen, ganze Länder sind in Schutt und Asche gesunken, und mehr als 14 Monate nach dem Waffenstillstand muß eine Stadt wie Wien verhungern und erfrieren. Der Hunger ist es, der Staaten und Reiche mit dem Bolschewismus bedroht. Ganz Europa steht vor dem gähnenden Schlund des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Wann hätte es mehr der Vernunft und der Einsicht aller Regierungen uneres Erdteiles bedurft, als in unserer Tagen? Wenn verblendeter Wahnsinn während des Krieges jeden Verständigungsgedanken verläßt, wann wäre die Zeit der Versöhnung notwendiger geworden, als heute? Mögen die Völker jedoch noch so sehr nach Frieden und Gerechtigkeit sehnen, von den Regierungen der Entente hören wir nur das eine Wort: Rache, Rache, und sie schreien es und lipeln es wie der Wahnsinnige, der in seiner Zelle tobt.

Es wäre jedoch gefehlt, wollten wir einen Lloyd George oder Clemenceaus Nachfolger, Millerand, als Tölpelknecht bezeichnen. Mag ihre Politik noch so sehr nach Lohndruck riechen, eins kann man ihr nicht abprechen: Sie ist kalt und berechnend. Brot und Spiele! Die „Sieger“ haben ihren Völkern versprochen: Deutschland bezahlt alles! Noch ist aber die Unterschrift des Friedensvertrages nicht trocken, und schon erkennen Paris und London, daß er unmöglich und unausführbar ist. Selbst wenn es wollte: Deutschland kann die Bedingungen nie und nimmer erfüllen. Selbst wenn man es ausquetschen könnte, wie eine Zitrone, der Extrakt wäre auch nicht ein Zehntel dessen, was Frankreich und England zur Wiederherstellung ihrer Volkskraft und ihrer Wirtschaft gebrauchen. Ohne die Mithilfe ganz Europas wird kein neues Belgien, kein neues Nordfrankreich entstehen. Hunger in Deutschland wird den Hunger in Frankreich bedeuten, Elend in Berlin wird Elend in Brüssel sein. Noch mehr! Der Weltkrieg hat auch England in seinen Grundfesten erschüttert. Der indische Capfeiler wackelt. Das bolschewistische Rußland ist für Groß-Britannien eine viel größere Gefahr geworden, als das Rußland Nikolaus II. Der französische Franc sinkt täglich genau so in seinem Wert wie die deutsche Mark. Amerika zieht seine Hand von Europa und fordert sein Geld zurück, daß es an Frankreich und England geliehen. Deutschland bezahlt nicht, weil es nicht bezahlen kann. Finanziell ist der ehemalige Bankier Europas ruiniert. Das wirtschaftliche Chaos wird nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen.

In dieser Not greift die Entente zu den Spielen. Das Volk soll abgelenkt werden, soll nicht erkennen, daß die Staatsmänner von Paris und London genau solche fluchbeladene Hahnenkämpfe sind, wie die Lubendorff und Helfferich. Deshalb das Schauspiel der Auslieferung und die kommende Gerichtskomödie. Lloyd George und Millerand brauchen Schuldige, auf deren Haupt die eigene Unfähigkeit und die eigene Schuld abgewälzt werden sollen. Wenn Paris friert, wenn Rom hungert, wenn London zittert um Indien, wird man auf die 900 Deutsche zeigen: Seht, dort sind die Urheber!

Wir wollen deshalb nicht verkennen und beschönigen, was die 900 in der Tat gesündigt haben. Verbrecher, die unschuldige Menschen in Belgien gemartert haben, bleiben Verbrecher. Geistige Urheber des Weltkrieges bleiben Schuldige. Die Entente will sie jedoch zu Märtyrern machen, ihnen einen Glorienschein geben, der ihnen wahrlich nicht gebührt. Die deutsche Regierung will die Schuldigen bestrafen und bei diesem Verfahren der Entente die weitestgehenden Rechte gewähren. Was der „Hohe Rat“ verlangt, ist unausführbar und kann kein Volk ertragen. Die Auslieferung bedeutet Rückfall in die Zeiten eines Titus, macht in Volk von 60 Millionen Menschen erlos, spricht ihm das Recht ab, Richter zu sein und sich selbst zu regieren. Verhindert den angefangenen Gesundungsprozeß unseres Volkes, daß uns und unsere Nachkommen mit grenzenlosem Haß gegen die Sieger und Sklavenhalter erfüllen. Die Auslieferung müßte Millionen ins alldoische schawinistische Lager treiben. Größeres Unheil könnte die Welt nicht treffen, und die Ernte, die aus solcher Saat sprossen müßte, wäre noch fürchterlicher, als die von 1914.

Die Entente kann heute ihren Völkern Spiele geben und damit einige Wochen befriedigen. Nach den Spielen wird jedoch der Hunger um so größer sein. Brot werden Millerand und Lloyd George nur dann schaffen können, wenn sie Deutschland die Versöhnungshand zum gemeinsamen Wiederaufbau Europas bieten. Mögen sie es erkennen, ehe es zu spät ist.

Schuld der Regierung.

Man schreibt uns aus Berlin: Die seit Montag wieder erscheinende „Freiheit“ bringt die Stellungnahme der „Unabhängigen“ zur Auslieferungsfrage zum Ausdruck. Der Artikel, der überschrieben ist „Unverständnis und Wahnsinn“ bezieht sich sowohl die Ententeregierungen wie die deutsche Regierung, nach den Worten der Ueberschrift zu handeln.

Gegen die Entente werde sehr scharfe Töne angeschlagen. Es heißt da u. a.:

„Unverständnis und Ungerechtigkeit beherrscht die Ententeregierungen, daß sie auf ihren Schloßstein bestehen und ihre Auslieferungsbegehren in solchem Umfange und in solch unerfüllbarer Art stellen.“

Weiter bestätigt die „Freiheit“, daß auch die „Unabhängigen“ zu der Unparteilichkeit eines Ententegerichtes kein Vertrauen haben könnten, und daß die Entente alle Gebote der Gerechtigkeit verkehrt, wenn sie kein unparteiisches Gericht gewährt. Das Vorgehen der Entente wird von der „Freiheit“ ein „Verbrechen gegen die Gerechtigkeit“ genannt und schließlich gibt die „Freiheit“ auch zu, daß weder die jetzige deutsche Regierung, noch irgend eine andere in der Lage wäre, auch unter den stärksten Druckmitteln die Auslieferung tatsächlich zu bewerkstelligen.

So weit, so gut. Trotz allen diesen Zuständigkeiten will aber die „Freiheit“ dennoch die Schuld an der jetzigen Situation auf die deutsche Regierung wälzen, weil diese nicht schon längst die Schuldigen vor deutschen Gerichten zur Verantwortung gezogen habe. „Sie hat es nicht getan in der ersten Zeit der Revolution und auch später nicht.“

Von der ersten Zeit der Revolution sollten die „Unabhängigen“ stets nur mit Vorsicht sprechen. Es könnte sonst doch mal jemand einfallen, daß auch sie damals in der Regierung saßen und in den zwei Monaten ihrer Regierungszeit auch keinen Finger zur Bestrafung der Schuldigen gerührt haben.

Also reden wir im eigenen Interesse der „Unabhängigen“ nur von Später. Da haben zunächst vom Januar bis Juni „Unabhängige“ und Spartakisten in vorwärtigen Putzungen solche Anruhe in Deutschland verbreitet, daß die Regierung wahrhaftig andere Sorgen im Kopf haben mußte.

Dann kam Versailles. Nur ganz nebenbei sei betont, daß der Friedensvertrag die Auslieferung an die Entente fordert. Ausdrücklich ohne Rücksicht darauf, ob die Schuldigen bereits in Deutschland bestraft sind oder nicht. Eine Bestrafung durch Deutschland hätte also nur moralische, keine rechtlichen Folgen haben können.

Trotzdem wäre es natürlich gut gewesen, wenn man der Entente gegenüber auf bereits erfolgte Bestrafungen hätte hinweisen können; dann hätte Deutschland eben im jetzigen Augenblicke einen moralischen Trumpf mehr gehabt.

Das hat auch die deutsche Regierung gewußt und deshalb hat sie unablässig — was die „Unabhängigen“ nicht zu wissen scheinen oder nicht wissen wollen — bei der Entente darauf gedrängt, man möchte ihr die Liste der Schuldigen, sowie ein Verzeichnis der Unschuldigen zukommen lassen, damit hierorts eine Strafverfolgung einsehen könnte.

Aber die Entente ihrerseits wollte Deutschland diesen Trumpf nicht vergönnen; sie hat deswegen die Angabe der Beschuldigten und der Taten, deren sie beschuldigt würden, strikt abgelehnt.

Was sollte die deutsche Regierung in dieser Situation tun? Sollte sie gegen irgendwelche Leute aufs Geratewohl Anklage erheben? Die Entente hätte natürlich erklärt, daß dies nicht die Richtigen gewesen seien und hätte womöglich behauptet, die deutsche Regierung habe ein paar Sündenböcke für die wirklich Schuldigen schlachten wollen. Denn das wäre doch klar gewesen, daß die deutsche Regierung nur Leute unter Anklage stellen konnte, die sie selber eines wirklichen gemeinen Kriegsverbrechens für schuldig hielt, und nicht Leute, von deren Unschuld an gemeinen Kriegsverbrechen jeder Mann in Deutschland überzeugt ist, wie Bethmann-Hollweg, Hindenburg oder Ludendorff.

Wie hätte ferner die deutsche Regierung Beweise erheben sollen? Die Grenzen nach den Ländern, in denen Krieg geführt worden ist, waren bis zum Austausch der Ratifikationsurkunden, das heißt bis vor wenigen Tagen, hermetisch gesperrt. Die wichtigsten Zeugen gegen Leute, die im Kriege geraubt, geplündert oder gestohlen haben, sind aber doch die Geschädigten selber, die Einwohner des betreffenden Landes. In diese Zeugen konnte die deutsche Regierung garnicht herankommen. Sie wäre in vielen Fällen dadurch in die läßle Lage gekommen, wirklich Schuldige wegen Mangels an Beweisen freisprechen zu müssen. Und das wäre natürlich viel schlimmer gewesen, in der Wirkung auf das Ausland, als wenn man garnicht erst verhandelt hätte.

Die der deutschen Regierung zugegebene Schuld, daß sie noch nicht aus eigenem Antriebe die Kriegsverbrecher abgeurteilt hätte, ist also bei genauem Hinsehen auch nur eine Schuld der Entente, die der deutschen Regierung alle Möglichkeiten zur Durchführung eines solchen Verfahrens verweigert hat.

Neue Namen.

Ein amtlicher Funkpruch meldet: Die Liste der Kriegsschuldigen soll noch durch folgende Namen ergänzt werden: Oberst Schlewitz wegen barbarischen Vorgehens im Dorfe Lubun Le Komain, General Göringer, weil er den Rabbiner von Luneville und dessen Tochter in der Synagoge lebendig verbrennen ließ, der unbekannte Beschläger des 16. bayrischen Infanterie-Regiments in Badenweiler wegen Hinrichtung

von Zivilpersonen, Vernichtung eines Lazarett und Verschleppen von weiblichen Personen über 13 Jahren mit freiwillichen Absichten.

Ausschuß für Auswärtiges und die Auslieferungsfrage.

Der Ausschuß für Auswärtiges beschäftigte sich Montag nachmittags mit der Auslieferungsfrage. Zum Schluß der Verhandlungen, die wie alle Sitzungen des Ausschusses streng vertraulich waren, sagte der Vorsitzende Scheidemann das Ergebnis der Verhandlungen folgendermaßen zusammen: Unbeschadet mancherlei Ausstellungen im einzelnen stelle ich fest, daß der Ausschuß sich in der Auslieferungsfrage einverstanden erklärt mit dem bisherigen Verhalten und den vorgesehenen Schritten der Regierung. Der Ausschuß erwartet, daß er vor weiteren entscheidenden Schritten der Regierung so rechtzeitig einberufen wird, daß er Stellung dazu nehmen kann.

Obwohl die Verhandlungen des Ausschusses streng vertraulich waren, weiß der Berliner Mitarbeiter des „Hamb. Kor.“ dennoch folgende Einzelheiten aus der Sitzung mitzuteilen: Der Reichsminister des Auswärtigen Müller hielt eine längere Rede, die in der Uebersetzung gipfelte: „Es kann von der Entente angebroht werden, was da will, wir sind physisch außer Stande, diese Leistung zu vollbringen. Die Regierung ist in der Frage der Auslieferung nach wie vor der Meinung, daß die Auslieferung unter allen Umständen verweigert werden muß.“ Für die Sozialdemokraten sprach Abg. Dr. Braun. Auch er brachte zum Ausdruck, daß die Fraktion geschlossen gegen die Auslieferung sei. Trimborn (Zentrum) stellte sich namens seiner Fraktion hinter die Regierung, Traub (Deutschnational) führte aus, daß die Auslieferung ein Übel sei. Er richtete an die Regierung zwei Fragen: „Was mit der Gegenliste werde, die wir in Händen haben und was unter zweiter Instanz zu verstehen sei.“ Der Demokrat Haußmann stellte sich gleichfalls hinter die Regierung. Der „Unabhängige“ Tönnies hielt eine längere Rede. Der Volksparteiler Heinke erklärte sich mit der Erklärung Müllers einverstanden. Reichsminister Müller erwiderte dem Abg. Traub, daß sich die Regierung selbst noch nicht ganz klar darüber sei, was unter zweiter Instanz zu verstehen sei. Die erste Frage der Deutschnationalen über die Gegenliste beantwortete der Minister dahin, daß sie vorhanden sei. Die Regierung habe sie sofort nach Eintreffen der feindlichen Liste veröffentlicht wollen, sich jetzt aber entschlossen, erst unsere Liste genau zu ausarbeiten, wie die unserer Feinde, um so die Entente mit den eigenen Waffen zu schlagen.

Der Reichsminister Müller hatte vormittags im Auswärtigen Amt mit Freiherrn von Versmer eine längere Besprechung über die Auslieferungsfrage.

Englische Stimmen.

Der „Telegraph“ meldet aus London: In der englischen Presse ist eine ausgesprochene Reaktion gegen die Verfolgung der deutschen Kriegsverbrecher in diesem Umfange wahrzunehmen. Die Ansichten gehen dahin, daß mit der Verfolgung in Deutschland nur der Reaktion in die Hände gearbeitet werden würde.

Eine finnische Forderung.

Das norwegische Blatt „Beerdensgang“ schreibt in einem übrigens keineswegs deutschfreundlichen Artikel mit der Ueberschrift „Finde Gerechtigkeit“ zur Auslieferungsfrage:

Es ist schmerzlich zu sehen, daß Frankreich, welches wir bewundern, die finnische Auslieferungsforderung der deutschen „Kriegsverbrecher“ stellen konnte. Der Tag wird kommen, da man auf von Friedensverbrechern sprechen wird. Europa kann sich nicht mit so untergeordneten Fragen, wie das Verhalten eines einzelnen Generals ist, befassen. Auch auf der anderen Seite sind wohl Kriegsverbrecher gewesen. Wer soll sie verurteilen? Die Entente soll von der Auslieferungsforderung absehen; ein neutraler Richter ist das einzig Mögliche.

Das „großmütige“ Frankreich.

Poincaré besuchte Sonntag Vienne-la-ville. Bei der Begrüßung sagte er, Frankreich müsse fordern, daß das besiegte Deutschland den Friedensvertrag ausführe. Im Augenblick werde dieser Vertrag Gegenstand einer seltsamen unzulässigen Diskussion. Was unterzeichnet sei, müsse für alle geheiligte sein, für die Sieger wie für die Besiegten. Frankreich werde an die Ausführung der abgeschlossenen Klauseln ohne Hintergedanken, ohne Ränke und ohne Vandalerei herangehen. Frankreichs Volk sei großmütig (!?) und wolle keinen Mißbrauch mit dem Sieg treiben. Es gedente jedoch aus ihm Nutzen für den Wiederaufbau zu ziehen. Die Nation, die die Katastrophe erlitten, müsse alle in die Konsequenzen tragen. — Dieser ausgebotene Pöbel! Wenn es irgend jemand gibt, der sein gerütteltes Maß an Entfesselung des Weltkrieges beigetragen hat, so ist es gerade Herr Raymond Poincaré gewesen. Schon als seine Wahl zum Präsidenten in Frankreich erfolgte, wies die „Frankf. Ztg.“ darauf hin, das bedeutet Krieg. — Sie hat leider nur zu sehr Recht behalten.

Der Vatikan gegen die Auslieferung.

Der vatikanische „Observatore Romano“ schreibt zur Auslieferungsfrage: Keine kriegsführende Macht kann behaupten

Strafingen ermordet. Die Meuterer zerstörten die Telegraphen- und Lichtleitungen und unternahm einen Fluchtversuch. Sie wurden aber durch das Personal des Gefängnisses zurückgehalten, bis militärische Verstärkung eintraf, die die Meuterei erstickte.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 10. Februar.

Verammlung des Gewerkschaftsrates.

Lehrerzulagen. — Entlassung von Arbeiterauschüßmitgliedern. Kriegsbeschädigte und Rentnempänger.

Am Montag abend fand im Gewerkschaftshaus eine Kartellversammlung statt, an der auch die Gewerkschaftsverbände und die Obmänner der Arbeiterauschüsse teilnahmen. Genosse S. Ehlers erlatete zunächst Bericht über das Angebot des Arbeitgeberbundes. Es haben am 23. Januar Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund über den Ausgleich für die Verteuerung von Brot und Kartoffeln stattgefunden. Da die dem Bund nicht angehörenden Arbeitgeber trotz Einladung für die Verhandlung nicht erschienen waren, so hat das Angebot der Arbeitgeber für diese keine Gültigkeit. Das Landesverordnungsamt hat die Preiserhöhung für Brot und Kartoffeln auf 1,63 Mk. berechnet. Bis zu 1,75 Mk. wollen die Arbeitgeber zahlen. Sie sind auf dem Standpunkt, daß entsprechend der Anweisung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft, sie nur den Ausgleich für Brot und Kartoffeln zu zahlen hätten, für weitere Verteuerung aber nicht. Das Angebot der Arbeitgeber, den Ledigen keine Zulage zu gewähren, dafür aber den Verheirateten etwas mehr zu geben, wurde abgelehnt. Eine Eingung ist nicht erfolgt und eine neue Verhandlung hat auch nicht stattgefunden. Trotzdem haben die Arbeitgeber ein Rundschreiben an ihre Mitglieder erlassen, daß 1,75 Mk. pro Kopf und Woche für Arbeiter, Frauen und Kinder bis zum Alter der Schulentlassung vom 8. Januar ab gezahlt werden solle. In einigen Betrieben ist die Zulage bereits ausgezahlt. Wegen der Verteuerung des Zirkulars hat die Kartellkommission Einspruch bei den Arbeitgebern erhoben.

In der gegenwärtigen Angelegenheit alle Redner das Angebot der Arbeitgeber als zu gering. Den schulentlassenden Kindern und alten Personen, die nicht erwerbstätig sind, hätte ebenfalls die Zulage gegeben werden müssen. Das Brot ist inzwischen wieder teurer geworden, so daß die Zulage nicht einmal dem Ausgleich entspräche. Das Angebot mußte also viel zu gering abgelehnt werden. Andere Redner betrachteten das Angebot als Abschlagszahlung, das man annehmen könne. Es wäre Aufgabe der einzelnen Gewerkschaften, für die allgemeine Verteuerung Lohnausgleich zu schaffen. Die Löhne müßten unbedingt der Preissteigerung angepaßt werden. Ein „Anhängiger“ trat für die gleichzeitige Lohnkürzung ein. Alle Redner der U. S. B. D. verlangten nicht nur die Ablehnung des Angebots, sondern hielten die ganze Taktik der jetzigen Bewegung für falsch. Insbesondere glaubten sie, daß wegen der Verteuerung der Lebensmittel die Arbeiter die Arbeitgeber gegenüber bei Verteuerungszulagen nur eine Stundenlohnsteigerung in Frage kommen. Man müsse entschiedener und energischer seine Forderungen vertreten und dürfe nur einem allgemeinen Streik nicht zurückweichen. Daß sie über Dinge sprächen, die mit der Zusammenkunft usw., gehört nun einmal zum Wortschatz der „Anhängiger“. Nachdem noch mehrere Redner für Annahme des Angebots eingetreten waren, wurde beschlossen, die Zulage durch den Demobilisierungskommissar für allgemeinverbindlich erklären zu lassen.

Unter Eingänge wurde lange über die Frage debattiert, ob Mitglieder des Arbeiterauschusses entlassen werden dürfen, wie es bei der Firma Havemann & Sohn vorgekommen ist. Dieser Fall wurde von mehreren Rednern als eine Maßregelung hingestellt. Es seien noch unverheiratete Arbeiter im Betriebe geblieben, während der Entlassene verheiratet war. Der Arbeiterauschüß hätte wegen dieser Entlassung beim Schlichtungsausschüß Beschwerde erhoben, die aber erfolglos blieb. Erklärt wurde, daß unter bestimmten Voraussetzungen, nach Berücksichtigung von Alter und Familienverhältnissen und vor allem unter Zustimmung des Arbeiterauschusses selber, auch die Entlassung von Arbeiterauschüßmitgliedern statthaft sei. Im übrigen könne auch gegen die Entscheidung des Schlichtungsausschusses Beschwerde erhoben werden. Andere betonten, daß die Rechte der Arbeiterauschüsse zu gering seien. Der Arbeitgeber sei immer gegenüber dem Arbeiter im Vorteil, auch selbst dann, wenn der Arbeiterauschüß seine volle Pflicht und Schuldigkeit tue. Auf eine Bemerkung von Mundt, daß er als Ausschüßmitglied zur Entlassung von Arbeitern nie seine Hand bieten würde, weil das nur böses Blut bei den Entlassenen hervorrufe, wurde erwidert: Ein solches Verhalten schädige die Arbeiter sehr, da dann der Arbeitgeber allein entscheiden würde. Allgemein ging die Meinung dahin, daß Arbeiterauschüßmitglieder nicht entlassen werden dürften, da sie sonst die Interessen der Arbeiter nicht im vollen Maße wahren könnten.

Vom Bauarbeiterverband lag ein Schreiben vor, in dem verlangt wird, die statistischen Nachweise über Preissteigerungen durch das Statistische Amt nicht vierteljährlich, sondern monatlich zu veröffentlichen, um rechtzeitig ein genaues Bild über die Verteuerung zu erhalten.

Ein Vertreter vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten schloß die Leiden der Kriegsbeschädigten und wünschte, daß die Arbeiter in den Betrieben sich der Kriegsbeschädigten mehr als bisher annehmen möchten. Es gäbe noch solche, die Stundenlöhne von 1,20 Mk. erhielten. Die Rente sei nicht so hoch, um davon leben zu können. Es sei daher dringende Pflicht der Arbeiterauschüsse, für die Kriegsbeschädigten einzutreten.

Die Arbeitslosen wünschten in einem Schreiben die Besetzung des freigewordenen Postens am Arbeitsamt durch einen Arbeitslosen. Es wurden dafür Niste, Brand und Mißbach in Vorschlag gebracht.

Die Rentnempänger hatten ebenfalls eine Eingabe gemacht, in der sie um Unterstützung baten. Ein Vertreter des Rentnempänger-Bereins beleuchtete die Not und das Elend der Rentnempänger. Manche hätten nur ein Einkommen von 400 Mark pro Jahr. Die einmalige Beihilfe von der Wohlfahrtskommission in Höhe von 50, 40 und 30 Mk., abgestuft nach dem Einkommen von 400, 500 und 650 Mk., sei unzureichend. In der langen Debatte traten alle Redner warm für die Vermittlung der Armen ein. Es wurde beschlossen, ein Rundschreiben an die Arbeiterauschüsse zu richten, worin die Arbeiter aufgefordert werden, einen Stundenlohn für diese Armen zu opfern. Auch die Unternehmer sollen aufgefordert werden, sich an dieser Sache zu beteiligen.

Eine Beschwerde über Abwesenheit der Arbeitersekretäre während der Sprechstunde im Arbeitersekretariat wurde von den beiden Sekretären zurückgewiesen. — Nachdem noch ein Redner auf die unsauberen Zustände in der Gewerkschule hingewiesen hatte, erlosch die Versammlung um Mitternacht ihr Ende.

Ein neues Attentat auf die Taschen der Konsumenten.

In Kiel wurde in diesen Tagen ein Mitbewirtschaftlicher Landesverband, der die Interessierten in Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck umfaßt, gegründet. Der Verband will die Interessen der angeschlossenen Verbände und Vereine wahrnehmen und vor allem natürlich dafür sorgen, daß gute Preise für die mitbewirtschaftlichen Produkte erzielt werden. Als erste Maßnahme ist die folgende Entscheidung: Die Gründungsversammlung des Mitbewirtschaftlichen Landesverbandes erklärt einstimmig, daß ein Mißpreis von 1 Mk. für das Liter (Erzeugnispreis) unannehmlich ist, um eine einigermaßen gesicherte Mitbewirtschaftung sicherzustellen.

Die Begehrtheit der Agrarier kennt keine Grenzen mehr. Daß bei einem solch unerhörten Preise die Winderbemittelten sich nicht ohnehin knapp bemessene Nation an Milch noch kaufen können, ist einfach unmöglich. Es wird so weit kommen wie jetzt in Berlin, wo arme Frauen die eine Hälfte der Milch verlaufen und kräftiges Geschlecht. Hoffentlich wird dafür Sorge getragen, daß die Bäume der Herren nicht in den Himmel wachsen.

Die Empfänger von Militär-Pensionen, Versorgungsgebühren und Hinterbliebenenbezüge werden darauf hingewiesen, daß für die Märzzahlung die Lebensbescheinigung und wenn erforderlich, auch eine Einkommenserklärung beizubringen ist. Die erforderlichen Papiere bis zum 20. Februar bei einem Postamt eingeleistet haben, wenn nicht, erfolgt keine Ueberweisung. Fortsetzung der Bescheinigung muß die Bezeichnung der Stammtafel sowie die Angabe der Bank haben.

Mit seiner zwei Söhnen in den Tod gegangen ist am Sonntag abend der Postkassner Schlie. Der Grund zu dieser bedauernden Tat soll in Familienzwistigkeiten liegen. Während Schlie Soldat war, hat sich seine Frau mit einem anderen Manne abgegeben und trotz wiederholter Vorhaltungen nicht von ihm gelassen. Es folgte die Scheidung, worauf die Kinder bei den Großeltern in Westerau untergebracht wurden, die die 8- und 9-jährigen Anaben auf Wunsch des Vaters am Sonntag nach Lübeck brachten. Sie sollten auf besonderes Verlangen beim Vater bleiben. Gegen 10 1/2 Uhr nachts wurde in der Nähe der Bootshäuser an der Wakenitz Hilfestellung und der Ruf vernommen: „Nein, ich kann nicht mehr, Gott stehe mir bei!“ Es wurden sofort Nachforschungen angestellt, doch blieben sie ergebnislos. Bei Tagesanbruch gemahnte man wenige Meter vom Ufer entfernt den bedauernswerten Postkassner, der tot und aufrecht im Schlamme lag. Die Leiche eines der Anaben wurde in derselben Stellung unweit davon aufgefunden. Das zweite Kind ist noch nicht aufgefunden worden.

Angrenzende Gebiete.

m. Schwartau. Bucherpreis für Erbsen. In der Schwartauer-Rensfelder Zeitung vom 8. Februar ds. Js. wird bekannt gemacht, daß für den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung 500 Gramm Erbsen zum Preise von 450 Mk. für ein Pfund zur Verteilung kommen. Man hat sich hier schon länger 800 Mk. verlangen. Dies ist doch wirklich Wucher. Wie viele Leute gibt es augenblicklich mit sehr niedrigem Einkommen, z. B. Kranke, Rentnempänger, kleine pensionierte Beamte usw. Eine Mittagsmahlzeit Erbsen für eine mittlere Familie stellt sich auf 10 bis 11 Mark ohne Fett oder Fleisch. Der Landesvorstand in Cutin müßte sich doch die Frage vorlegen, wofür dies alles führen soll. Laßt den Bauer gut verdienen, aber derartige Preise sind nichts anderes als Wucher.

Schönböten. Eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins fand am Sonntag nachmittag im Lokale „Steinbrader Baum“ statt. Genosse H. Wolff rief die Mitglieder zu einer Versammlung am 15. Februar in Schönböten. Hierauf wurde zur Gründung einer Ortsgruppe beschlossen. In den Vorstand wurden folgende Personen gewählt: Fritz Künkel, Vorsitz; W. Börjesson, Kassierer, Ludwig Schnoor, Schriftführer; als Revisoren Aug. Koppert und Friedr. Gadow. In der weiteren Aussprache wurde der Wunsch laut, daß der „Lübecker Volksbote“ wieder am Erscheinungstage den Abonnenten zugestellt werde. Genosse M. Bindl erklärte sich bereit, ab nächstes Quartal den „Volksboten“ den Lesern zuzustellen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf, recht tege für die Partei und den „Lübecker Volksboten“ zu agieren.

Hamburg. Schwere Strafen wegen Freiheitsberaubung in Verbindung mit Körperverletzung hat das Schwurgericht gegen den Metallgießer W. und drei Arbeiter ausgesprochen. Am 12. September v. J. wurde in den Triton-Werken R. der Bewilligung einer Wirtschaftsbeihilfe im Wege gesetzt, wurde im Betriebe von den Arbeitern beschloffen, den Metallgießen „auszufahren“. Die Angeklagten wurden für die Ausführung des Planes bestimmt. Als R. in die Formerei kam, wurde er vom Angeklagten B. aufgefordert, auf einer bereitstehenden Karre Platz zu nehmen. R. wies auf sein schweres Herzleiden hin; das nützte ihm aber nichts. B. zog ihn unter Hilfe von A. auf die Karre, und unter Vorantritt der anderen beiden Angeklagten wurde er im Betriebe umher- und dann aus dem Fabrikhof hinaus- und einige Minuten die Straße entlang gefahren. Dann ließ man ihn mit der Karre stehen, mit dem Bemerkten, er möge die Karre selbst nach der Fabrik zurückfahren. Eine dauernde Schädigung hat der Betriebsleiter nicht davon getragen. Das Gericht verurteilte B. zu drei Jahren Gefängnis, einen Arbeiter zu 18 und zwei zu je 9 Monaten.

Hamburg. Für eine Million Mark Juwelen geohlen wurden einem Reisenden auf der Fahrt von Neuen über Domburg nach Kiel. Dem Wiederbringer der 3 Mutterloster erslossen wurde ein 24-jähriger Arbeiter, der mit anderen beim Kohlenbahnhof sich mit dem wertvollen Schmuckmaterial versehen wollte und trotz mehrfachen Anrufs entflo.

Kiel. Der Streik im Buchdruckgewerbe ist beendet. 4 Tage lang keine Zeitungen erschienen. Der Streik wurde durch hervorgerufen, daß die Arbeitgeber, gestützt auf ihren Reichstakt und ihre Organisation mit eigenem Tarifamt, die Nichtigkeit der Verordnung des Lohn- und Arbeitsamtes bestritten und die Gewährung der Verteuerungszulagen den Gehilfen gegenüber ablehnten. Eine Eingung der streikenden Teile wurde namentlich dadurch erzielt, daß sich die Arbeitgeber auf Grund eines an eine andere Arbeitgebergruppe gerichteten Schreibens des Reichsarbeitsministeriums von der Rechtmäßigkeit der Verordnung des Demobilisierungsausschusses, Lohn- und Arbeitsamtes, überzeugten, und daß die Entscheidung über die internen Fragen, die Tarifstreue und die Streitveranlassung dem Tarifamt des Gewerbes überlassen wurde. — Die Vertikalisierung des Orchesters des Vereins der Musikfreunde wurde am 1. Januar d. Js. beschlossen, mit der Maßgabe, daß sich die Stadt das Recht der Auflösung des Orchesters vorbehält für den Fall, daß sie sich aus finanziellen Gründen auf dieser Maßnahme gezwungen sehen sollte.

Theater und Musik.

Für das 14. vollständige Konzert hatte Franz v. Höpflin wieder ein ganz eifriges Programm zusammengestellt. Die beiden Franzosen Bellini und Bizet wählten sich mit dem Russen Tchaikowsky und dem Deutsch-Ungarn Franz Liszt in die Ehre, die Rollen des Programms bestritten zu müssen. Gewiß ein eigenartiges Biergepann. Aber die Auswahl war so getroffen, daß Franz v. Höpflin vierelange dahinführen konnte, ohne daß irgend einer der viere ausbrach. Tchaikowsky hatte keine Fantastik „Romeo und Julia“ beigezeichnet, in der der russische Komponist den ganzen Stimmungsgehalt der Shakespearischen Liebestragödie einzufangen versucht hat. Von Franz Liszt kam die „Sünnenschlacht“ zum Vortrag, eine lyrische Dichtung, zu der ihn ein Gemälde von Raulbach angeregt hat. Hector Berlioz hatte keine köstliche Ouvertüre zu „Benvenuto Cellini“ hergeleitet, die wegen ihrer prächtigen Melodik noch immer auf eine begeisterte Aufnahme rechnen darf. Von Georges Bizet, dem „Carmen“-Komponisten, wurde die erste Suite der „Arlésienne“

gespielt. Die Musik war ursprünglich zu einem Drama von Alphonse Daudet geschrieben, führt aber schon immer ein ganz selbständiges Leben im Konzertsaal. Daudets Drama ist im Meer der Vergangenheit versunken. Bizets köstliche Musik besitzt Dauerwerte. Das Orchester des Vereins der Musikfreunde spielte unter Leitung von Franz v. Höpflin zielbewußter Leitung mit Schwung und Begeisterung. Eine besondere Belobigung möchten wir den beiden Musikern nicht vorenthalten, die das Schlagzeug, die Kesselpauken und die große Pauke zu bedienen hatten. Für sie war es ein recht anstrengender Abend. Mit eifervollem Geschick und Verständnis lösten beide die ihnen zugewiesenen Aufgaben. Das Publikum, nahm die vier Tondichtungen begeistert auf.

Der „Lübecker Volksbote“ verdankt das Lübecker Publikum die Bekanntheit mit dem Volksstück „Wrad“ von W. H. G. Es ist kein Drama mit padender Handlung, sondern ein ziemlich kräftiges, aber ehrliches, in kräftigen Farben und Formen gehaltenes Familienbild. Die einzelnen Charaktere sind leicht und gradlinig, frei von allem unnatürlichen Ballast. Da ist der arbeitshaltige, ihre vornehm tuernden beiden Kinder, Paul, den Erstgeborenen, und Frieda, die Kontoristin, verzeihende Frau, der enges, fast ärmliches Heim ist der Schauplatz des Volksstückes, dessen kleine Begebenheiten langsam und ohne heulige Erklärungen der Zuschauer dahinschlüpfen, bis am Schluß, von aufgeregten Verlobungen abgesehen, ein tödlicher Unglücksfall und ohne zwingende innere Notwendigkeit die Geschichte für den lokalen oder vermischten Teil einer Zeitung reif werden läßt. Nach langem arbeitsreichen Leben zum Wrad wird, d. h. von seinem Arbeitgeber als nicht mehr brauchbar entlassen wird, aber zu stolz ist, das Gnadenbrot seiner Kinder zu essen und lieber zum Strick greift. Die Wiedergabe durch die Hamburger „Niederdeutsche Bühne“ unter Leitung von Dr. H. J. J. J., der selbst einen angeduldeten Schiffsbauer vortrefflich spielte, wurde dem Werk als Hafenarbeiter Soobmann und Ida Hamer als dessen Frau. Georg Hermann (Paul), Maria Farnow (Frieda), Hans Müller (Johann) waren würdige Glieder ihrer Tante. Hermann Müller (Kapitän Bruhns), Ludwig Schröder (Karl Pieplow), Dolly Harbt (Kohlenarbeiters Frau) und alle die Nebenrollen bemühten sich mit Geschick, dem Volksstück zu einem vollen Erfolg zu verhelfen.

Neueste Nachrichten.

Was Deutschland bisher geleistet hat. U. Berlin, 10. Februar Reichsminister Hermann Müller erklärte dem Vertreter der „Chicago Tribune“ in einem Interview: Nach Schätzungen die von den zuständigen deutschen Zentralstellen aufgestellt worden sind, und bei denen, so gut wie es möglich war, der Wert im Zeitpunkt der Lieferung oder Leistung auf Goldmaß geschätzt worden ist, sind bisher folgende Leistungen bewirkt worden: (Angaben in Millionen Goldmark.)

1. Saarkohlen 1000
 2. Liquidation deutscher Unternehmen im Auslande . . . 12000
 3. Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten
 4. Handelsflotte 6600
 5. Naturalleistungen: a) Kohle 8250
b) Maschinen 240
c) Eisenbahnen 150
d) Kabel 66
 6. Zurückgelassenes Staats- und Hereseigentum, soweit es nicht unmittelbaren Kampfscharakter trägt . . . 7000
 7. Bisherige Kosten für das Besatzungsheer 666
- Die Summe dieser Leistungen beträgt also 3 672 2 Millionen Goldmark. Hierzu kommen die bereits begonnenen, aber noch nicht abgeschlossenen Lieferungen von Vieh im Werte von 390 Millionen Goldmark und von Holzstoffen im Werte von 200 Millionen Goldmark, sowie die Forderungen gegen Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei im Betrage von 200 Millionen Goldmark. Ausdrücklich hervorgehoben sei, daß bei diesen Ziffern die zurückgelassenen Werte, wie Wertgeld, namentlich die belgischen Depots, Effekten usw. im Betrage von 4800 Millionen Goldmark, nicht mitgerechnet worden sind.

Der Strafantrag gegen Hauptmann von Kessel. U. Berlin, 10. Februar. Im Prozeß gegen Hauptmann von Kessel beantragte Kriegsgerichtsrat Dr. Mannan wegen Meineids (im Marloh-Prozeß) eine Einjahrstrafe von 2 Jahren Zuchthaus, die er auf Grund des Paragraphen 157,2 (danach ist die Strafe, die in ein wegen Meineids Angeklagter verurteilt hat, auf die Hälfte bis ein Viertel zu ermäßigen, wenn der Angeklagte die falsche Aussage zugunsten einer Person, rüchrichtlich welcher er die Aussage ablehnen durfte, erkrankt hat, ohne über sein Recht, die Aussage abzulehnen zu dürfen, belehrt worden zu sein. Red.) auf ein Drittel, also auf 8 Monate Zuchthaus zu ermäßigen bittet, welche in 1 Jahr Gefängnis umzuwandeln sind; außerdem Dienstentlassung. Ferner wegen Anstiftung zur unerlaubten Entfernung aus dem Heere sechs Monate Festung und wegen Herausforderung zum Zweikampf 1 Woche Festung, zusammen 6 Monate und drei Tage Festung.

Die Forderungen der Kriegsbeschädigten. U. Berlin, 10. Februar. In den in Berlin und im Reich von der Wirtschaftlichen Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener Deutschlands einberufenen stark besuchten Versammlungen gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme, die der Reichsregierung übermittle wurde: „Die Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener Deutschlands, die in Berlin, fordert von der Reichsregierung in Betracht der fortlaufenden Verteuerung eine einmalige Beihilfe von 1000 Mark und eine Verdoppelung des laufenden Verteuerungszulages.“

Uebersichten im Hamborner Kohlenrevier. U. Eijen (Ruhr), 10. Februar. Auf den Jochen des Hamborner Bezirkes werden seit kurzem im großen Umfange Uebersichten gefahren, die am letzten Sonnabend zu einer Steigerung der durchschnittlichen Förderer von 30 v. H. führten. Die Bereitwilligkeit zur Leistung von Uebersichten, für die außer 25 v. H. Lohnzuschlag gewährt und 2 Pfund Schmalz zu billigen Preise geliefert werden, nimmt jetzt auch unter den Belegschaften anderer Jochen des Ruhrbezirkes zu.

Abreise des französischen Kommissars nach Oberschlesien. U. Aus dem Haag, 10. Februar. Aus Paris wird gemeldet: General De Rond, der vom Obersten Rat zum Hohen Kommissar für Oberschlesien während der Besetzung bestimmt wurde, trat Sonntag keine Reise nach dort hin an.

Konkurrenzweid der englischen Posten. U. London, 10. Februar. Wie der „Telegraphenunion“ berichtet wird, ist Montag in der Sitzung des Völkerbundes ein Gesuch der britischen Posten zur Sprache gebracht worden, die bei der britischen Regierung nachgesucht haben, die deutschen Postenboote im Kanal zu entfernen, weil diese den britischen Booten in derselben Gegend Konkurrenz machen und sie unterbieten.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Durch Verhältnisse gezwungen, bringen wir hiermit zur Kenntnis, dass wir in Zukunft

Aufträge zu Banküberweisungen, Barzahlungen, Wertsendungen jeglicher Art
nur dann am Tage des Eingangs ausführen können, wenn sie bis

spätestens 11 Uhr vormittags eingereicht worden sind.

Banküberweisungen von Einzelbeträgen unter Mk. 3000,— müssen wir uns ausserdem vorbehalten, erst am Werktag nach erfolgter Einlieferung zu bewirken.

Die bisher geltenden Einlieferungszeiten für Ueberweisungsaufgaben treten hiermit ausser Kraft.

Börsenaufträge

bleiben wir bemüht, noch am Tage des Eintreffens zu erledigen, eine Gewähr dafür können wir indes nicht übernehmen.

Lübeck, den 6. Februar 1920.

- Bank für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H. Commerz-Bank in Lübeck.
- Commerz- und Disconto-Bank, Filiale Lübeck.
- Dresdner Bank, Filiale Lübeck.
- Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Lübeck.
- Alfons Frank & Co.
- Hoisten-Bank, Abteilung Lübeck.
- Kreditbank Lübeck, e. G. m. b. H.
- Landbank Lübeck, e. G. m. b. H.
- Lübecker Privatbank.
- Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck.
- Spar- und Vorschuss-Verein Schwartau.
- Vorschuss- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.
- Louis Wolff, Commandit-Gesellschaft.

Konzerthaus Lübeck.

Mittwoch, den 11. Februar:

Großer Masken-Ball

Kostümfest und Kappenfest.
Verstärktes Künstler-Orchester Sulanke.
Sofalöffnung 6 Uhr. — Anfang 7 Uhr.
Masken und Kappen in reicher Auswahl vorrätig.

Prämiierung

von je drei der schönsten Damen- und originellsten Herrenmasken!
Vorverkauf in den Zigarrengesch. von Hinr. Buss, Ad. Röhrich und M. Niemeyer, Mühlenstraße, sowie im Konzerthaus. (12867)

Grob. Karnevals-

Jubel u. Trubel!



Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platz

Nur noch 3 Tage!

Der Präsident

Ein Bild tragischer Schuld in 6 Akten, nach dem Roman von Karl Emil Franzos.

Margots Freier

Lustspiel in 3 Akten.

Das Unglücksgeheim

Schwank.

Aufführungszeiten 4-7, 7-10 Uhr.

Auf unser großes verstärktes Orchester wird besonders hingewiesen. (12868)

!Keine erhöhten Preise!!

Deutscher Transportarb.-Verb. Ortsverwaltung Lübeck.

Berammlung

der Kornträger

am Mittwoch, dem 11. Februar abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Unsere Arbeitsverhältnisse
Sämtliche Kollegen müssen in dieser Versammlung erscheinen. (12876) Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Deutscher Bauarbeiter-Verbd.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, 12. Febr. abends 7 Uhr bei Herrn Lender, Rindestr. 41.

Tages-Ordnung:

Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern über Gewährung weiterer Feuerungszulagen.

Zahlreiches Erscheinen notwendig. (12877)

Der Vorstand.



Versammlung

am Mittwoch, d. 11. Febr., abends 7 1/2 Uhr.

im Gewerkschaftshaus.
Vortrag von Herrn Lehrer Willh. Blöhm „Anleitung zum richtigen Naturgenuss“. Gäste herzlich willkommen. (12861) Der Vorstand.

Die Unterbilanz des ersten Revolutionsjahres

Von J. Kalicki.
Sonderheft des „Firn“, sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Preis 1.— Mk.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Sozialdemokratischer Verein.

Freitag, d. 13. Februar, abds. 7 1/2 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

im gr. Saale des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gen. Henr. Redakteur Max Lenteritz, Hamburg:

„Die Gefahren der Republik“

2. Wahl eines Parteifreizeitlers.

3. Abrechnung von der Sittefeier.

4. Jüngere Vereinsangelegenheiten.

Die Mitgliedsbücher sind am Eingang vorzulegen. (12854)

Der Vorstand.

Verband der Hausangestellten

Einladung zum

Kappen-Fest

am Donnerstag, den 12. Februar,

im Gewerkschaftshaus.

Anfang 6 Uhr. Ende? (12867)

Der Vorstand.

Deutscher Eisenbahner-Verb.

Ortsgruppe Lübeck.

Vertrauensmänner-Sitzung

am Freitag, d. 13. Febr., abends 7 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

(12875) Der Vorstand.

Arbeiter-Zurnerlein „Freiheit“

Secret-Dänischburg.

Versammlung

am Mittwoch, d. 11. Febr. abends 8 Uhr.

Wichtige Tagesordnung.

Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht. (12879) Der Vorstand.

Zentralverband der Angestellten

Ortsgruppe Lübeck.

Allgemeine

Mitglieder-Versammlung

Donnerstag, d. 12. Febr., abends 7 1/2 Uhr,

in den „Zentral-Hallen“, Danteweggrube.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Arbeitersekretäre Gogowski über: „Praktische Sozialfürsorgebestrebungen d. Arbeiter und Angestellten“.

2. Bericht über Tarifverhandlungen.

3. Gewerkschaftliches

a) Wahl der Parteibeauftragten.

b) Wahl der Vertreter für die NFV. (12849)

12849

Hansa-Theater

(12851)

Dienstag:

Wo die Lerche singt

Operette von Franz Lehár.

Mittwoch u. Donnerstag

Gastspiel

Ursula Bradsky.

Mittwoch:

Faschingsfee.

Donnerstag:

Die lustige Witwe.

Freitag:

Das Mädel von drüben

(12858)

Stadttheater Lübeck

(12858)

Dienstag, den 10. Februar:

Anfang 7 Uhr.

20. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.

Der Stier von Olivera.

Oper in 3 Akten von Eugen D'Albert.

Mittwoch, den 11. Februar:

19. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement.

Chicagoer Landwirt.

Der Bär.

Prolog.

Die Welt will betrogen sein

Paul und Paula.

Donnerstag, d. 12. Februar:

Veranstaltung im Faustzyklus für Schüler und Volkshochschule.

Anfang 6 Uhr:

Vortrag.

Hierauf:

Hamlet.

Freitag, den 13. Februar:

20. Vorstellung im Freitag-Abonnement.

Der Freischütz.

FLEDERMAUS

Kabarett-Diele Fünfhausen 17/19

Allabendlich 8 bis 12 Uhr: (12866)

Das große Februar-Programm!

Das Weltwunder Labero

mit seinen spannenden Experimenten.

Paul Przybik, Weltmeister im Hohlkugelauf und früherer Trainer bei S. Kgl. Hofeitten am Hofe von Württemberg.

5 Varias, Kunsttaelg.

Geschwister Jaarav int. Tanz-Duett

Flack der Urkomische!

Thea Schwarz spanische Rastetänze

Erich Jungson amerik. Extrastänze.

Hans u. Z. Fiedhoveu Sänger am Flügel und Pianer.

Hans Kallen Stimmkunstbrutte

HADGES u. BILLER

das berühmte mondäne Tanzpaar, die Schöpfer des Origin-Extrakt.

2 Orchester: Dirig. H. Eivers u. W. Schwenk.

4-Uhr-Tee Auftreten d. Künstler. Eintritt frei. Kein Gabelobengzw. Eig. Konditorei.

Echte Biere, beste Weine, kaltes Büfett.

Friedrichshof.

Jeden Mittwoch: Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. (12845)

Gr. Tanzkränzchen

Kolosseum.

Jeden Mittwoch:

Großer Ball.

Anfang 6 Uhr. (12844) Hehr. Ohde.

Dilettantenklub St. Lorenz.

Am Mittwoch, dem 11. Februar:

Großer Ball mit Kappenfest

im Konzerthaus „Flora“.

Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Karten im Vorverkauf bei den Mitgliedern, im Konzerthaus „Flora“ und im Rest. „Himmelsleiter“.

Genoss 3.— Mk., Damen 1.— Mk. (12850)

Der Vorstand.

So tante mit Mittwoch, 11. Februar, von 10 bis 6 Uhr.

Alte Gebisse

per Zahn bis 10 und 15 Mark,

Gebisse, in wertvollerer Verarbeitung, bis 2000 Mk. (auch ganz alte und zerbrochene Gebisse!) für Platin, Bronzstifte, höchste Tagespreise!

Zentral-Hotel, Schüsselboden 12, Zimmer 18, 12855) Karl Meschig.

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 11. Februar

abends 6 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus (kleiner Saal)

Tagesordnung:

1. Bericht von der Bezirkskonferenz in Hamburg.

2. Bericht über die Verhandlung wegen Bewilligung einer Feuerungszulage.

3. Kartellbericht.

4. Abrechnung vom 4. Quartal 1919.

5. Jüngere Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden. (12851)

Die Ortsverwaltung.

Abteilung Lübeck — Ortsgruppe Lübeck

des Bundes der Auslandsdeutschen.

Versammlung

am Mittwoch, den 11. Febr., abends 6 Uhr, Saal 5.

Einladung u. Einlass der Schieds-Ratsmitglieder. (12867)

Wo bleibt das Schweinefleisch?

Der Magistrat einer großen norddeutschen Stadt setzte jüngst in amtlicher Bekanntmachung den Preis für Schweinefleisch auf 3,60 Mark pro Pfund fest. Das wäre sehr tröstlich für die Hausfrauen gewesen, — wenn es Schweinefleisch zu kaufen gegeben hätte. Aber das gab es eben nicht.

Kun ist unser Schweinebestand in Deutschland allerdings nicht so ganz gering. Nach der Viehzählung am 1. September 1919 gab es innerhalb der neuen Grenzen des Deutschen Reiches einen Schweinebestand von 11 156 858 Stück. Allein in Preußen hatte sich nach diesem Ergebnis der Bestand seit 2. Juni 1919 von 5,7 Millionen auf 7,4 Millionen Stück vermehrt. Trotzdem hat diese Zunahme wohl noch kein Pfund an rationiertem Schweinefleisch mehr gegen früher ergeben.

Die Zahl der in öffentlichen Schlachthöfen geschlachteten Schweine steht zu dem oben angegebenen Bestand in gar keinem Verhältnis. Im ersten Halbjahr 1919 wurden in den Schlachthäusern des Deutschen Reiches 487 000 Stück geschlachtet. Im dritten Quartal desselben Jahres betrug die Zahl der Schweine-schlachtungen nur 90 137. Für das vierte Quartal liegen Zahlen noch nicht vor, doch sind im ganzen Jahr 1919 sicher nicht mehr als 700 000 Schweine auf den Schlachthöfen zur Abschachtung gelangt. Von diesen geringen Schlachtungen werden vorweg die Krankenhäuser, die Wurstfabriken und die Truppenverbände beliefert. Was danach für die Fleischartenhaber übrig bleibt, kann sich jeder selber ausmalen.

Wie gering die Schlachtungen im Vergleich zum Bestand sind, erkennt man an folgendem Vergleich: Im Jahre 1918 hatten wir in Deutschland einen Schweinebestand von 25,8 Millionen Stück. Davon kamen im selben Jahre zur Abschachtung 17,8 Millionen Stück oder rund 70 Prozent des Bestandes.

Wollten wir für 1919 denselben Prozentsatz zugrunde legen, dann müßte die Zahl der Schlachtungen nicht 700 000, sondern weit über 7 Millionen Stück betragen. Allerdings ist nun zu bemerken, daß aus mehrfachen Gründen unter den jetzigen Verhältnissen der Prozentsatz der Schlachtungen ein geringerer sein muß. Einmal ist die Zahl der Mutter Schweine verhältnismäßig höher geworden, dann wird die Schweinemast wegen Mangels an Kraftfutter nicht mehr so intensiv betrieben wie 1918. Das Ausfallen von 7 Millionen Schweinen kann aber damit nicht erklärt werden. Dafür gibt es nur eine Erklärung: die vollständig unzureichende Erfassung der Schlachtschweine und die in demselben Maß zunehmende Zahl der Schwarzschlachtungen. Nur ein ganz geringer Bruchteil der geschlachteten Schweine wird erfasst, der übrigen bemächtigt sich der Schleichhandel. Von einer Zwangswirtschaft kann bei diesen Zahlen nicht mehr geredet werden.

Die Gründe liegen auf der Hand. Für Ferkel werden heute schon vielfach höhere Preise angelegt, als für ein Schlachtschwein bei der Ablieferung an den Viehhändlerverband zu erwarten ist. Natürlich werden solche Preise nur angelegt in der sicheren Erwartung, daß die Schweine nicht zur Ablieferung kommen. Die auf Schwarzschlächtereien und Schleichhandel angelegten Gefängnisstrafen haben nicht vermocht, die Ablieferung zu erhöhen. Die Zahl der offiziell und öffentlich geschlachteten Schweine geht zurück. Dafür wird hinten herum der Schweinemord um so eifriger betrieben.

Mit Strafanrohungen ist also dieser Erscheinung nicht beizukommen. Ein heftiger Mittel glaubt man jetzt in dem Abschluß von Lieferungsverträgen gefunden zu haben, wie sie bereits in verschiedenen Landesteilen zustande gekommen sind. Allerdings räumen diese Verträge mit den Methoden der Viehhändlerverbände auf. Die Stadtverwaltungen überweisen den Schweinezüchtern Futtermittel. So beispielsweise die Stadt Braunschweig für ein Schwein von 180 Pfund Mindestgewicht 5 Zentner Kraftfutter. Der Preis für ein solches vertraglich zu lieferndes Schwein beträgt 400 Mark pro Zentner. Der Verkaufspreis für Schweinefleisch stellt sich dadurch allerdings höher als der eingangs erwähnte Preis für nur theoretisch zu habendes Fleisch, dafür gibt es aber auch Fleisch. Vielleicht wird das Pfund genau doppelt so teuer, also für 7,20 Mk. abgegeben werden. Immerhin ist der Preis für dieses aus dem Lieferungsvertrag kommende Fleisch immer noch um 50 Prozent niedriger als der des aus dem Zustand bezogenen Schweinefleisches. Dieses ist der Weg, auf dem weiter

gegangen werden muß. Statt der heute nur noch auf dem Papier stehenden Zwangsbewirtschaftung der Schweinewirtschaft Lieferungsverträge, zu deren Durchführung den Städten allerdings die Futtermittel überlassen werden müßten.

Die jetzigen niedrigen Preise sollten die Schweinezucht möglichst niedrig halten. Diesen Zweck haben sie nicht erreicht. Die Zahl der Schweine dürfte heute wieder 12 Millionen betragen. Der Gefahr, daß den Schweinen unser Brotgetreide verflüchtigt wird, kann aber wieder nur durch Lieferung von Futtermitteln begegnet werden. Volkswirtschaftlich ist es ganz gewiß vorteilhafter, Futtermittel einzuführen, als Fleisch. Benutzen die Städte oder das Wirtschaftsministerium die Futtermittel zum Abschluß von Lieferungsverträgen, dann bekommen die Städte auch wieder Schweinefleisch. Den direkten Austausch zwischen Schweinezüchtern, Genossenschaften und den Konsumenten können die Städte mit ihren Fleischverordnungen sehr gut bewerkstelligen. Der nur verteuert wirkende Zwischenhandel braucht bei dieser Handhabung gar nicht in Funktion zu treten.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 10. Februar.

Reaktionäre Wanderbriefe.

Brigadefeldwebel Oberst von Werder an seine lieben Kameraden vom Stabe der 81. Inf.-Brigade.

Schon die Ueberschrift gibt unsern Lesern kund, daß es sich hier nicht um eine lustige Fahrt froh- und freigeistiger Menschen handelt. Nein, es sind Wanderbriefe, die auf geheimen Wegen schleichen und Schlingen legen, mit denen die eben erkundene staatsbürgerliche Freiheit abgewirgt werden soll. Die Gewaltigen von ehemals versuchen mit Nachhaken, den „Potsdamer Geist“ neu zu beleben. Sie erschaffen, nach dem dieser Kastengeist unheimlich in den Wolkeln verschwunden ist, einen religiösen Niederschlag, der die staubige Krone wieder glänzend machen soll. Alle Kräfte sind am Werke: die einen groß- und lakischmäßig, die andern zaghaft fühlend. Sie ergreifen jeden Strohhalm, um Getreue zusammenzukitteln, falls im alten Preußenstil und verleumden dumm und frech darauf los. Das können sie um so ungenierter, weil die alte Militärkaste mit der Politik stets wie der Doh in Porzellanladen herumgesprungen ist und infolge seiner Selbstüberhebung nicht nötig hatte, auch etwas davon zu verstehen. Dies beweist auch der „Wanderbrief“, den der ehemalige Brigadefeldwebel Oberst von Werder an seine „lieben Kameraden“ verfasst. Er sucht sich als echter Wiedermeier anzuschmücken und wünscht einen Erinnerungsaustausch, bei dem jeder seine Ansicht äußern könne, „wie ihm der Schnabel gewachsen ist“. Nach welcher Richtung hin gepiekt werden soll, das weiß der Herr Kommandeur an. Er pioniert die Gefechtsfront vorsichtig ab und kennt wohl schon seinen Generalstab, dem er Bericht erstatten wird. Wir wollen einige Auszüge aus dem Wanderbriefes wiedergeben und zwar auf die Gefahr hin, „dem Feinde“ etwas zu verraten. Es heißt da u. a.:

„Nun ist es schon über ein Jahr her, daß wir am 23. Oktober aus dem Malgarni ausgezückt wurden. Am 2. November ging die Eisenbahnfahrt von Manage los, unbekannt wohin. Und wir landen bei Rommelingen bei dem französisch gestimmten Gemeindevorsteher. Dort erleben wir die schwarzsteigende Tagelöhner, das Drängen Wilsons und der Sozialdemokratie auf Abdankung des Kaisers, diese selbst und den Waffenstillstand, der mit seinen Bedingungen einen Vorjamaß geben sollte auf den Versailles Frieden und der schon damals alle die Lager fraß, die in unfaßbarer Verblendung oder vergeblich dem Wahn des Verdächtigungsredens und der Internationalen der Sozialdemokratie geglaubt haben. Heute vor einem Jahre rührten wir uns zum Einmarsch in Straßburg und erlebten da, wie die eiförsichtigen „Wades“ sich auf den festlichen Empfang der Franzosen vorbereiteten und wie die Seuche der Soldatenratswirtschaft auch bei uns Boden gewann. Die Heimkehr nach Deutschland haben wir uns einst anders gedacht, als wie sie uns am 23. November abends auf dem Bahnhof in Lübeck zuteil wurde, wo Abgeordnete des Lübecker Soldatenrates uns entwarfen wollten und sich nur verflüchteten, als ihnen bedeutet wurde, „es wüden die Maschinen-gewehre losgehen“. Nun ist das alles Vergangenheit, Erinnerung! Und gar mancher wird schon öfter die Frage erörtert haben „müßte

das alles so kommen?“ Daß Engländer und Franzosen schon längst nicht mehr ordentlich angezogen wollten, sondern es nur durch die Masse machten, der Masse der Artillerie und der Tanks, denen die Infanterie nur sehr zögernd folgte, die Erfahrung hatte man an der Front ja schon eine ganze Weile gemacht. Daß sie ganz erkant waren über unsern plötzlichen Zusammenbruch und vielfach sich geäußert haben, daß sie ihm selbst sehr nahe waren, ist der Beweis, wie es sich darum handelte, wer am längsten die Herrschaft behielt. Da der Deutsche den Verachtungszitronen nicht für ernst nahm, fiel er darauf rein, teils der Verachtung und Lügen der Entente zu glauben, teils sich durch die planmäßige Agitation der Sozialdemokratie aufwiegen zu lassen. Wir wissen, wie sozialdemokratische Führer offen zugegeben haben, daß sie diese Agitation seit 12 Jahren getrieben haben. Und unsere armen Deutschen sind darauf reingefallen. Ich sehe im Sozialdemokraten nur den verbohrt und verführten Volksgenossen, den man durch vollständige Vorstellungen von seinen Ansichten betören soll. Wenn er ehrlieh ist, werden ihn die heutigen und künftigen Zustände schon von seinen revolutionären und republikanischen Ideen heilen. Etwas anderes und verständliches ist es, wenn der Arbeiter dafür eintritt, daß er bezahlt wird, und zwar so, daß er und seine Familie menschenwürdig leben und wohnen kann. Wenn seine Verhältnisse bei uns im Frieden und auch im Kriege, auch schon weit besser, als im Auslande waren, wenn unsere soziale Lagehebung des kaiserlichen Deutschland von keinem anderen Lande erreicht waren, so gebe ich doch zu, daß sich hierin doch vieles bessern und ausbauen ließe. (Z. B. gewisse Gewinnbeteiligungen, Besserung der Wohnungsverhältnisse und anderes mehr). Ich gehe auch zu, daß das Verlangen der Kriegsgewinnler, zum größten Teil Juden und Schieber, die die Ernährungsnot des Volkes nicht mitmachen oder durch ihr Geld sich vom Frontdienst brücken, jeden Deutschen bitter ärgern mußte, und mit zur Verärgerung, Verhegung und agitatorischen Arbeit ausgenutzt wurde. Aber diesen Meger mußte er herunterhauen und den Kampf um Verbesserung seiner Lage mußte er verschließen bis das Feuer, das das ganze Vaterland und damit auch die Existenz jedes Einzelnen bedrohte, gelöscht war. — Daß die sozialdemokratischen Führer das nicht taten, sondern je länger der Krieg dauerte, je mehr seine Not in ihrem Parteinteresse auszunutzen bestrbt waren, das ist ihre große Schuld gegen das Deutsche Vaterland. Friede, Freiheit, Brot verheßen sie. Den Frieden haben sie sich anders gedacht — wie sie selbst gegeben. Er führt zu Verflauung und Verelendung. Die Freiheit, die wir jetzt genießen, mag jeder einzelne mit der vor dem Kriege vergleichen. Und das Brot, das uns verheßen ist? Gemiß sind die Löhne unendlich gestiegen. Es ist ja sehr leicht, sich beim Volke beliebt zu machen, wenn man allen Forderungen nachkommt. Woher das Geld kommen soll, wie sich große Vertriebe nach dem Reichsnotopfer und all den Steuern halten sollen, das kümmert Herrn Erzberger vorerst nicht, wie unsere Finanzen im Vergleich zu früher stehen, das lag einleuchtendes Flugblatt. „So kanns ja nicht bleiben“, hört man zwar alle Tage und mancher meint auch, wenn wir nur wollen, können wir doch heute noch die Franzosen verheßen und zum Teufel jagen. Womit denn? Das Heer ist zerfallen und Waffen und Munition sind abgegeben. Zerfallen ist sehr leicht. Aufbauen, ein modernes Heer mit allem was es braucht für den Kampf, sehr schwer. Wir können nur warten, hoffen und arbeiten. Hoffen, das einmal die außerordentlichen Verhältnisse eine Besserung unserer Lage möglich machen. Wann das aber sein wird, steht bei Gott. Wer an sich arbeitet, der wird auch das Wort Christi in die Tat umsetzen, habe die Brüder lieb! der wird sich um seine Nächsten kümmern. Wir müssen darin rechte Kleinarbeit treiben. Es darf uns nicht mehr gleichgültig sein, was die denken, mit denen wir zusammen arbeiten oder sonstwie zusammenkommen, sondern wir müssen mit ihnen unsere Gedanken austauschen, von ihnen lernen oder sie zu beeinflussen oder sie zu interessieren suchen für die allgemeine Not und für die Pflichten des Deutschen. Ich habe, nachdem ich im Februar in Lübeck wieder als Brigadefeldwebel Fuß faßte, im März in Schwerin das Gren.-Regt. 89, dann das Reichswehrregiment 17 gehabt und habe, als der Friede unterzeichnet wurde, meinen Abschied eingereicht. Jetzt lebe ich hier in Potsdam. Hier erwacht auch im Arbeiter- und Mittelstand schon etwas der alte Potsdamer Geist. Aber wo sind die Kollegen, kranken Grenadiere von dazumal? Das Bild der Truppe ist wenig erfreulich. Die Franzosen sind aber doch eine niedergehende mindere Klasse, das zeigt sich an ihrer labilistischen Freude an unserer Bergemaltigung. Das gibt uns aber auch die Hoffnung auf ihren Untergang, denn „alle Schuld rächt sich auf Erden.“

Mit Speck fängt man Mäuse, das weiß auch der Herr Oberst. Deshalb wollen wir seinen Gegenstand für die Besserstellung des Arbeiters, den er so hübsch in die üblichen Schiefheiten einfließt, nicht tragisch nehmen. Aber mit einigen anderen Einzelheiten

Christian und Lea.

Eine Erzählung von Leopold Komper.

(Fortsetzung.)

Zwei Jahre sind verfloßen. Treten wir wieder in das Haus des Gemeinbedieners Wolf Ungar mit seiner Sarah. Was ist aus der Saat geworden, die Sarah ausgestreut? Hat sie ein böses Wind mit seinen Fittichen erfasst und sie auf dürres Felsgestein gebettet, wo sie nur ein verkümmertes und entartetes Gebilde erwartete? Ist sie in goldenen Halmen in die Höhe gewachsen?

Seht hin! Unter dem weitläufigen, mit Früchten beladenen Kappbaum, der dem Synagogenhofe einen so kühlen Schatten verleiht, sitzen zwei reinlich, wenn auch ärmlich gekleidete Kinder; es ist unsere schwarzhaarige Lea mit den klugblickenden Augen und der blondköpfige Christian. Die Sonne glüht so prächtig durch das grüne Laub des Baumes, und so verlockend fällt manchmal eine reife Frucht herab, die es nicht länger in ihrer dumpfen Hülle duldet, und stolzet in ausgelassenen Sprüngen zu den Füßen der beiden Kinder. Aber weder Christian noch Lea haben Zeit, sich um Sonnenschein und herabfallende Nüsse viel zu kümmern. Christian lernt mit lauter Stimme aus einem abgerissenen Büchlein, das sehr ernste Dinge enthält, denn es ist der „Meine Katechismus“, aus welchem ihn morgen in der Schule der strenge Herr Kaplan prüfen wird, und er wird Wort für Wort, ohne daß das kleinste Pünktchen darauf fehlt, Rechenhaft ablegen müssen. Lea dagegen malt mit einem Griffel auf die Schiefertafel große Buchstaben hin, die eine entfernte Ähnlichkeit mit jener Schrift haben, wie sie deren noch manche Leute in der „Gasse“, die sich an die „teutschen“ Buchstaben noch nicht gewöhnen konnten, zum schriftlichen Ausdruck ihrer Gedanken bedienen.

Der Sonnenschein glüht schon so lange — und noch immer denkt keines der beiden Kinder daran, den tanzenenden Strahlen und dem wunderbar glänzenden Laube nur eine Minute ihres Gleiches zu gönnen. Da fällt eine frisch gelbe Kux gerade auf Christians Katechismus; er schreit auf, wirft aber die reife Frucht seiner unweit von ihm stehenden Gespielin zu.

„Christian!“ ruft Lea beleidigt. „Christian brummt etwas vor sich hin, was Lea nicht verstehen kann.“

„Ich hab' gerade so ein schönes „Lamed“ gemacht.“ meinte Lea das Mädchen, „und da hast du mir's mit deiner Kux verborben.“

Die Buchstaben der jüdischen Kurrentschrift führen eigene Benennungen. Es ist im obigen Falle der Buchstabe L gemeint.

Christian entgegnete nichts auf diesen Vorwurf; da springt Lea jäh auf und wirft ihm die Schiefertafel vor die Füße, die darauf in zwei Teile zerbricht.

Nun ist das Aufspringen an Christian gekommen.

„Lea, was hast du getan?“ ruft er erschrocken.

„Warum hast du mich mit der Kux geworfen?“ fragt sie händeringend unter heftigem Schluchzen.

Da Christian die Tränen seiner Gespielin sieht, wird es ihm ebenfalls um das Herz weich; so stehen sich eine gute Weile die beiden Kinder gegenüber.

Endlich hebt Christian die zerbrochene Schiefertafel vom Boden auf; mit Aufmerksamkeit betrachtet er die Bruchstücke an den zwei Stellen, paßt sie auseinander, und mit einem Male ruft er lustig:

„Meine nicht, Lea, die Tafel kann wieder ganz gemacht werden!“

Lea schüttelte ungläubig das schwarzhaarige Köpfchen. „Lea zerbrochen ist, ist zerbrochen!“ sagt sie mit Bestimmtheit, die Augen voll Bohnen auf die Schiefertafel gerichtet.

„Lach gut sein, Lea.“ tröstet Christian, „und weine nicht. Morgen vielleicht kommt der Drahtbinder, und der bohrt viel Löcher in die Tafel und verbindet die zwei Hälften mit Draht; dann ist sie wieder wie neu.“

„Ich weiß gar nicht, wie du so reden kannst, Christian! Wie kann der Drahtbinder etwas ganz machen, was einmal zerbrochen ist? Was zerbrochen ist, das bleibt zerbrochen.“

Gegen diesen tiefsinnigen Ausspruch seiner Gespielin einen schlagenden Beweis aufzuführen, war nicht Christians Sache. Er nahm den Katechismus wieder zur Hand und ließ sich auf seinen früheren Platz nieder. Lea dagegen begnügte sich mit der einen Hälfte der Schiefertafel und malte mit fühner Hand die geschwörtesten Zeichen darauf, während allmählich ihre Tränen trockneten.

Von diesen und ähnlichen Szenen war Sarah zu öfteren Malen eine stumme Zeugin gewesen. Sie hütete sich aber jedesmal, selbst mit der kleinsten Bemerkung hineinzugreifen, denn wie alle feinsten Naturen hatte sie eine heilige Scheu, mit plumper Hand die kindlichen Blüten zu berühren. In solchen Augenblicken überströmte ihr Herz von Dankgefühl gegen das Geschick; das fremde Kind sagte sich so demütig ihrer Liebe, machte sich nirgendwo als ein nicht in ihr Haus gehöriges Element geltend, und namentlich was Lea betraf, so bestand zwischen ihr und Christian ein Verhältnis, als sollte es ihnen stets dunkel bleiben, daß sie nicht unter einem Herzen gelegen waren.

Was wollte also Sarah noch? Sie sah, wie die Kinder ge-diehen, und konnte mit den Erfolgen zufrieden sein. Nichts von

alldem war eingetroffen, was die Babe und auch noch andere Leute dem Frieden ihres Hauses vorauspropheten; und doch war sie oft unruhig in ihrem Gemüte und fühlte sich von Empfindungen heimgeleitet, die sie nicht zu meistern vermochte. Sie war ungenügsam; denn eben weil sie eine großer Erhebung fähige Natur war, genügte es ihr nicht, daß sich allein gleichsam die Fittiche ihrer Seele regten; sie wollte Gefährten im Mittflug haben, und wer stand ihr in dieser Beziehung näher als der Vater Leas, als ihr eigener Mann, Wolf Ungar?

Es ist wahr, Wolf hatte sich an den Knaben allmählich gewöhnt, aber in dieser Angewöhnung lag keine Liebe; nicht einmal der Keim irgend eines zärtlichen Gefühles. Soweit ihn sein Schwur gegen Sarah verpflichtete, hielt er ihn auch, aber wo sich die Gelegenheit bot, machte er kein Hehl daraus, wie sehr er ihn drückte.

Er konnte sich nicht überreden, daß alles so hatte kommen müssen, und es gab mehr als eine Stunde, in der er innerlich darüber haderte, daß es so gekommen war. Das Kind tat ihm nichts zuleide, war demütig und solasam gegen ihn, aber das, was Sarah als Erkenntlichkeit und überquellende Dankbarkeit Christians bezeichnete, das war ihm unbequem oder er sah es mit grossenden Augen an. Dagegen war er der strengste Beurteiler, wenn Christian sich jemals eines Fehlers schuldig machte. „Das ist Jan Schusters Natur.“ pflogte er dann ingrimmig auszurufen, „und die läßt sich nicht austreiben. Die ist ihm angehoren und wird ihm bis auf seinen Tod bleiben.“ Und wenn ihn dann Sarah mit sanften Worten darauf aufmerksam machte, daß alle Kinder und auch Lea ihre Fehler haben, ließ er es nicht gelten.

Wie kommen die Fehler zu ihren Fehlern, bewies er dann mit bitteren Worten, „sie haben ein ganz anderes Blut, und im Blut fließt alles, was der Mensch tut. Warum reißt du bei uns keine Säuer und Schlemmer? Das Blut macht's, und von da kommt es in das Gemüt. Jan Schusters Blut ist kein gutes gewesen.“

Seltener Widerstand in einer Menschennatur! Zu Hause zwischen den vier Wänden seiner Stube konnte Wolf Ungar das alles reden, dann konnte er keinem Weibe mit aller Bitterkeit des in ihm wühlenden Groles vorwerfen, daß sie an dem Kinde zu viel tue; wenn er aber hinauskam, und es fiel das leiste Wort des Tadels über das Benehmen seiner Sarah, da konnte er nicht Worte des Lobes und der Bewunderung für sie finden, da krönte sein Herz über, und der Hauptbeweis, den er gern aller Welt ins Gesicht gescheudert hätte, bestand darin, daß niemand sein Weib verheße, und daß es keine zweite Sarah mehr auf der Erde gebe.

(Fortsetzung folgt.)

